

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 30. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Programmdebatte der Nationalversammlung.

Die Debatte über das Programm der neuen Reichsregierung ist gestern in der siebenten Abendstunde abgebrochen worden, um heute vormittags weitergeführt zu werden.

Ein Verdienst erwarb sich der demokratische Sprecher auch durch die Art, in der er die albern-hässliche Klatschpropaganda gegen die führenden Männer der Republik verurteilte.

Am Montag nachmittags besprach die Nationalversammlung das Regierungsprogramm. Abg. Holz (Str.): Zur Erhaltung des Reiches und Förderung unseres Wirtschaftslebens brauchen wir eine Politik der Sammlung.

„Die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung billigt die Erklärungen der Reichsregierung. Die Nationalversammlung verurteilt den gegen Staatserhaltung und Staatswohl, Verfassung und Nationalversammlung gerichteten verdrögerischen Aufruhr und die Anführer und Helfershelfer des Staatsfeindes.“

Der Antrag trägt die Unterschriften von 315 Abgeordneten. Dieses Votum ist notwendig, um der neuen Regierung die Exekutivmöglichkeit im Sinne der Verfassung zu geben.

In der gestrigen Debatte hat der unabhängige Abgeordnete Henke vieles über den jetzt losgelassenen Militärdiktatorinn gesagt, was auch ein Mehrheitssozialist unterschreiben kann. Er hat dabei auch sehr ausführlich über die Schuld der Sozialdemokratischen Partei an den jetzt hereingebrochenen Verhältnissen gesprochen.

Nach heute sprach Genosse Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion. Seine Rede war eine schlagende Widerlegung der Behauptung, daß sich die Gewerkschaften außerhalb der Verfassung ein Vorderecht anmaßen wollten.

Eine Rede des neuen Reichswehrministers Gessler machte in ihrer frischen Lebendigkeit einen guten Eindruck. Allerdings darf man einen neuen Reichswehrminister noch weniger als einen anderen neuen Minister nur nach seinen Worten beurteilen.

Von den Rechtsparteien kam nur die sog. Deutsche Volkspartei mit einer Rede des Dr. Heinze zum Wort. Geschickt hatte das in allen Farben schillernde Fraktionschef den Mann vorgeschickt, dem man am ehesten die Aufrichtigkeit des Bekenntnisses gegen alle reaktionären Gemächter zutraut.

Aus der übrigen Debatte verdient eine treffliche Rede des Demokraten Dr. Haas hervorgehoben zu werden, die erdrückend infragestellend auf die Rechte häuften und das wärmste Bekenntnis zur Republik enthielt, das man in Deutschland aus bürgerlichem Munde jemals gehört hat.

Verschärfte Lage im Ruhrrevier.

Elberfeld, 29. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Sozialdemokratische Partei Elberfeld hat an die Reichsregierung folgendes übermittelt: Die S. P. D. Elberfeld erkennt das Ultimatum der Reichsregierung vom 28. März 1920, gezeichnet „Die Reichsregierung, der Reichskanzler, gezeichnet Müller, der Reichswehrminister gezeichnet Wesler“ nicht an.

Die Abberufung des Generals Watter in Münster fordert die S. P. D. unbedingt. Wie dem Reichskommissar Severing bekannt, ist Watter ein unzuverlässiger Charakter. Das Ultimatum der Reichsregierung spricht von Generalen der Roten Armee. Wir halten es für notwendig, daß die Regierung, ehe sie solche Schwindelnachrichten in die Weltgeschichte schleudert, sich durch amtliche Vertreter an Ort und Stelle informiert.

Wir suchen deshalb dringend, sofort zu veranlassen, daß die an der Grenze des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes zusammengezogenen Reichswehrtrouppen sofort in ihre Standorte beordert werden, wofür die Reorganisation der Reichswehr nach den oben bezeichneten Gesichtspunkten sofort zu erfolgen hat.

Dieses ist am 29. März, abends um 8 Uhr, dem Reichskanzler Müller von der S. P. D. telephonisch übermittelt worden mit dem Ersuchen, bis 10 Uhr abends dem Zentralrat in Essen und der S. P. D. in Elberfeld telephonisch Nachricht zu geben, ob die Frist um einige Tage verlängert wird.

Dem Reichskanzler übermittelte am 29. März, 7 Uhr 45 Minuten nachmittags.

Der Zentralrat in Essen teilte heute mit: Der General Watter in Münster hat Bedingungen gestellt, die technisch unausführbar sind, ganz abgesehen von ihrer moralischen Qualifikation. Er verlangt u. a., daß morgen, Dienstag, mittags kein roter Soldat mehr Waffen haben darf.

Die Sekretäre der S. P. D. in Elberfeld. Winkelhof, Gelsch, Ullmann, Ernst Gröner, M. v. N.

Die Reichsregierung hat darauf, wie wir hören, mit einer ausführlichen Darstellung geantwortet, in der die Unhaltbarkeit der jetzt im Ruhrrevier herrschenden Zustände dargelegt und erwidert wird, daß das zur Verwendung bereitgestellte Militärverfassungstreuen sei und keinen anderen Auftrag habe als den gesetzlichen Zustände wiederherzustellen.

Ausführungsbestimmungen zum Diefelder Abkommen.

- 1. Waffen und Munition sind den Polizeiverwaltungen abzuliefern und von da an das Wehrfreiheitskommando abzugeben. Wenn bis zum 30. 3., 11 Uhr vormittags schon 4 schwere und 16 leichte Geschütze, 200 Maschinengewehre, 16 Minenwerfer, 20 000 Gewehre, 400 Schuß Artilleriemunition, 100 000 Schuß Infanteriemunition, 300 Schuß Artilleriemunition, 100 000 Schuß Infanteriemunition der Waffenabgabe als erfüllt. Wenn sie abgefordert, so werden weitere Bestimmungen über restlose Abgabe erfolgen.
- 2. Die Regierungspräsidenten werden bis 30. 3., 12 Uhr vormittags, ersucht, mitzuteilen, ob in ihrem Bezirk noch Festungstruppen bestehen oder die ordentlichen Behörden restlos wieder in ihre Rechte eingetreten sind.
- 3. Befehlen am 30. 3. nach Teile der Roten Armee oberhalb Arbeiter unter den Waffen, so gilt die Bedingung der Auflösung der Roten Armee als nicht erfüllt.
- 4. Sind am 30. 3., 11 Uhr vormittags, noch nicht alle Gefangenen oder Geiseln freigelassen, so gilt die Bestimmungen der Freilassung der Gefangenen als nicht erfüllt.

Dieser Befehl, dessen Erfüllung von allen Arbeiterparteien als gänzlich unmöglich angesehen wird, hat im ganzen Gebiet die größte Aufregung verursacht. In den Hauptorten des Reviers wird unruhig der Generalstreik proklamiert, falls nicht diese Bedingung zurückgenommen und die Frist für das Ultimatum verlängert wird. (Siehe auch S. Seite.)













